



# Premium IranDeutsche Unternehmen müssen die US-Sanktionen fürchten

[www.handelsblatt.com](http://www.handelsblatt.com)



BerlinDie Konfrontation zwischen den [USA](#) und [Iran](#) droht nicht nur den Nahen Osten zu destabilisieren. Sie verschärft auch den Handelskonflikt zwischen Europäischer Union und den USA. Deutsche Unternehmen sind extrem verunsichert. Denn die von den USA nach der [Aufkündigung des Iran-Abkommens](#) verhängten Sanktionen bedrohen auch sie.

## Was beschlossen wurde

Nach den Plänen des Weißen Hauses sollen [die US-Sanktionen gegen Iran](#) in zwei Stufen wiedereingeführt werden. „Je nach Sektor wird man vom 6. August beziehungsweise vom 4. November an wieder zu dem Stadium zurückgekehrt sein, das vor dem Iran-Abkommen galt“, sagt Farid Sigari-Majd, Iranexperte der Wirtschaftskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer.

Die Details dazu hat das US-Finanzministerium noch am Dienstagabend veröffentlicht ([hier nachlesen](#)). So werden US-Firmen etwa Ölgeschäfte mit dem Iran verboten.

## Wie der Beschluss interpretiert wird

Der neue US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, hat für Deutschland eine Lesehilfe geliefert. Deutsche Firmen sollten unmittelbar [mit dem Ausstieg aus dem Irangeschäft beginnen](#), forderte er. Auch in einem Dokument, das die zuständige amerikanische Behörde OFAC am Abend nach der Entscheidung veröffentlichte, wird dazu geraten, dass auch „nicht-amerikanische“ und „nicht-iranische Personen“ die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten der Sanktionen nutzen, um Geschäfte im oder mit Iran zu beenden, die danach unter die Sanktionen fallen.

Eine unverhohlene Drohung. Wenn sie umgesetzt wird, würden die USA gegen das Völkerrecht verstoßen. Denn Nationen dürfen nur die eigenen Unternehmen explizit mit Sanktionen belegen, nicht aber Unternehmen aus anderen Staaten.

## „Deutsche Firmen sollten Geschäfte mit dem Iran sofort stoppen“



Das Problem: Nichts ist eindeutig. Unternehmen können derzeit nur erahnen, aber nicht wissen, ob und wie sie von den US-Sanktionen gegen Iran betroffen sind. „Die Äußerungen des neuen US-Botschafters sorgen für große Verunsicherung und Verstimmung bei der deutschen Wirtschaft“, sagt Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags. Experten sagen, dass diese Unsicherheit durchaus so gewollt ist von den Amerikanern. Die Unsicherheit in der Wirtschaft könnte so groß werden, dass die Unternehmen lieber komplett auf Geschäfte mit Iran verzichten. Die Wirkung der US-Sanktionen würde sich um ein Vielfaches erhöhen.

[Airbus, Siemens und anderen Konzerne kündigten nun erst einmal an](#), die Beschlüsse genau zu prüfen und dann mögliche Konsequenzen zu ziehen.

## **Mehr zum gekündigten Iran-Deal**

*[- Mit diesen Worten reagiert der Iran auf den US-Beschluss](#)*

*[- Diese fünf Folgen hat das Aus des Iran-Abkommens](#)*

Anlass zur Verunsicherung in der deutschen Wirtschaft geben auch die Andeutungen von US-Präsident Donald Trump, die Sanktionen gegen Iran künftig noch weiter zu verschärfen. „Die Befürchtung ist, dass er sich dabei an den jüngsten Russland-Sanktionen orientieren könnte“, sagt Dirk Hagemann, Rechtsanwalt für Außenwirtschaftsrecht. Danach werden Unternehmen außerhalb der USA sanktioniert, die „signifikante Transaktionen“ mit US-sanktionierten Unternehmen abwickeln. „Es gibt aber keine klare Definition, was das genau bedeutet. Die Unsicherheit für die Unternehmen ist dadurch enorm.“

## **Warum es keine eindeutigen Antworten gibt**

Viele Experten vertreten die Auffassung, dass [extraterritoriale Sanktionen](#) – also Maßnahmen, mit denen explizit auch Unternehmen getroffen werden, die nicht amerikanischer Herkunft sind –

völkerrechtswidrig sind. „Das macht im operativen Geschäft für die Unternehmen aber keinen Unterschied, denn alle Instrumente, die man gegen solche Völkerrechtsverstöße hat, sind eher stumpfe Schwerter“, so Rechtsexperte Hagemann.

Bereits 1995 kam es deshalb zum transatlantischen Streit, als Washington sein Handelsembargo gegen Kuba verschärfte und mit dem sogenannten „Helms-Burton-Gesetz“ auch auf ausländische Unternehmen ausweitete.

Die Bundesregierung könnte gegen solche Sanktionen etwa vor der Welthandelsorganisation WTO klagen – doch ein Verfahren würde Jahre dauern. Hagemann rät im Iran tätigen Unternehmen daher, täglich zu schauen, ob und welche neuen Sanktionen die US-Behörden verhängen.

Aufgrund möglicher extraterritorialer Wirkung von Sanktionen drohten den Unternehmen in den USA empfindliche Strafen, sagt DIHK-Chef Schweitzer. Zumal jetzt selbst bei bestehenden Verträgen kein Schutz bestehe.

## **Welche unmittelbare Folgen die Sanktionen haben**

Für neue Geschäfte gelten die Sanktionen für US-Unternehmen ab sofort. Bei bestehenden Verträgen gibt es eine Karenzzeit von bis zu 180 Tagen. Dann wird das amerikanische Sanktionsregime mit voller Härte durchschlagen: Experten befürchten zudem, dass durch die Wiedereinsetzung der Sanktionen, die vor dem Iran-Deal bestanden, vor allem der iranische Finanzmarkt in sich zusammenbrechen dürfte.

„Wenn die Sanktionen nach dem Status vor dem Iran-Abkommen wieder eingesetzt werden, werden sich alle Banken, die sich wieder auf den Markt getraut hatten, schlagartig zurückziehen“, sagt Dirk Hagemann, Rechtsanwalt für Außenwirtschaftsrecht. „Selbst wenn ein deutsches Unternehmen nicht direkt von den Sanktionen betroffen ist, wird es kaum noch Finanzierungsmöglichkeiten haben.“

Der DIHK fordert aus diesem Grund, dass die Bundesregierung den Unternehmen bei der Finanzierung hilft. „Angesichts dieser Entwicklung ruft die deutsche Wirtschaft die Bundesregierung und EU dazu auf, die Geschäfte zu sichern“, forderte DIHK-Chef Schweizer. Die Bundesregierung hat durchaus ein großes Interesse daran, dass die deutsche Wirtschaft weiterhin im Iran aktiv bleibt – nicht nur weil sie die deutschen Unternehmen schützen will.

Der Deal war darauf ausgelegt, dass Iran und seine Bevölkerung wirtschaftliche Verbesserungen spüren. Wenn keine Unternehmen mehr Handel mit Iran betreiben, würde sich diese Hoffnung zerschlagen.

### **Wie es politisch weitergeht**

Die Europäer setzen alles daran, den Atomdeal mit Iran noch zu retten. Es solle „intensiv dafür gearbeitet werden, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Wiener Nuklearvereinbarung aufrechterhalten und umgesetzt wird“, hieß es in Diplomatenkreisen.

Doch wie das angesichts der verhängten Sanktionen der USA gelingen soll, ist völlig unklar. Der Handel mit Iran wird zum Hochrisikogeschäft. Nur wenige Unternehmen werden sich der Gefahr aussetzen wollen, von den US-Behörden bestraft zu werden.

Experte Sigari-Majd bezweifelt, dass es den Europäern gelingt, den Deal zu erhalten. „Das Festhalten der Europäer am Atomabkommen mag einige kleinere europäische Unternehmen schützen. Doch dass größere Konzerne mit US-Konnex bei US-Sanktionsverstößen in den USA juristisch belangt werden – dem können die Europäer wenig entgegensetzen.“

